



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

43. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 15. März 1990

Nummer 19

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
21210	6. 12. 1989	Änderung der Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe	322
7920	15. 2. 1990	RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Vordrucke für die Wildbewirtschaftung	322

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
21. 2. 1990	Bek. - Verlängerung der Nachtflugbeschränkungen auf dem Verkehrsflughafen Münster/Osnabrück 333
	Landeswahlleiter
1. 3. 1990	Bek. - Landtagswahl; Feststellung einer Nachfolgerin aus der Landesreserveliste 333
	Hinweis
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 4 v. 15. 2. 1990 334

I.

21210

**Änderung der Beitragsordnung
der Apothekerkammer Westfalen-Lippe**

Vom 6. Dezember 1989

Die Kammerversammlung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe hat in ihrer Sitzung am 6. Dezember 1989 aufgrund des § 20 des Heilberufsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 1989 (SGV. NW. 2122) folgende Änderung der Beitragsordnung beschlossen, die durch Erlaß des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. Februar 1990 – V B 2 – 0810.94 – genehmigt worden ist.

Artikel I

Die Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe vom 20. März 1968 (SMBl. NW. 21210) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 4 erhält folgende Fassung:
(4) Von Mitarbeitern, die weniger als 24 Stunden wöchentlich beschäftigt sind, werden 60% des Beitrages erhoben.
2. § 3 wird folgender Satz angefügt:
Von Kammerangehörigen ohne Berufsausübung werden nur 60% des Beitrages erhoben.
3. § 8 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
(2) Von der Zahlung der Beiträge sind befreit
 - a) Personen, die sich in der praktischen pharmazeutischen Ausbildung nach der Approbationsordnung für Apotheker befinden,
 - b) arbeitslose Apotheker für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit,
 - c) Unterstützungsempfänger der Fürsorgeeinrichtung.
4. In Buchstabe b) der Beitragstabelle zur Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe – Beiträge der Kammerangehörigen gemäß §§ 2 und 3 der Beitragsordnung – wird die Zahl „30,-“ durch die Zahl „37,50“ ersetzt.

Artikel II

Diese Satzungsänderung tritt am 1. April 1990 in Kraft.

– MBl. NW. 1990 S. 322.

7920

Vordrucke für die Wildbewirtschaftung

RdErl. d. Ministers für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft v. 15. 2. 1990 –
IV B 6 – 71-20-00.07

Muster Die mit RdErl. v. 22. 11. 1982 (SMBl. NW. 7920) veröffentlichten Muster „Abschußplan für Rehwild“, „Streckenliste“ und „jährliche Streckenmeldung, Abschußmeldung für Rotwild“ werden durch anliegende Muster ersetzt.

- T. Ich bitte, die neuen Vordrucke ab 1. April 1990 für alle Jagdbezirke mit Ausnahme der Staatsjagdbezirke zu verwenden.

Abschußplan für Rehwild

Jagdjahr _____/_____

Untere Jagdbehörde: _____ Hegegemeinschaft: _____

Untere Forstbehörde: _____

Jagdbezirk: _____

Größe des Jagdbezirktes: _____ ha Bejagbare Fläche: _____ ha, davon landwirtsch. Flächen: _____ ha

Pachtzeit von _____ bis _____ Wald: _____ ha

Wasser: _____ ha

Name(n) des oder der Jagdausübungsberechtigten: _____

I Strecke in den drei vorangegangenen Jagdjahren:	Rehböcke		Kitze		weibl. Wild		Summe Rehwild	Unterschriften
	I mehrjähr. Böcke	II einjähr. Böcke	Bockkitze	Rickenkitze	Schmalrehe	Ricken		
	1	2	3	4	5	6		
Jagdjahr _____ Abschuß _____								
19_____/_____ Fallwild*								
Jagdjahr _____ Abschuß _____								
19_____/_____ Fallwild*								
Jagdjahr _____ Abschuß _____								
19_____/_____ Fallwild*								
Jagdjahr _____ Abschuß _____								
19_____/_____ Fallwild*								
Summe								
Davon 1/3 = Abschußvorschlag (rechnerisch) zu I								

II Abschußvorschlag Jagdausübungsberechtigte(r)

Jagdausübungsberechtigter

III Abschußempfehlung Hegegemeinschaft

Einvernehmen des Jagdvorstandes

Vorsitzender der Hegegemeinschaft

IV Forstliche Stellungnahme zu I

Erhöhung des Abschusses notwendig: ja ☐ nein ☐

V Abschußfestsetzung

19_____/_____

Einvernehmen des Eigenjagdbesitzers in Hegegemeinschaften

Anstelle eines freigegebenen Rehbocks der Klasse I kann ein solcher der Klasse II erlegt werden.

* in Klammern: davon Verkehrsverluste

Untere Jagdbehörde (Stempel, Unterschrift)

Hinweise zur Abschußplanung und Abschußdurchführung:

1. Der Abschußplan ist der unteren Jagdbehörde bis zum 1. April jeden Jahres in zweifacher Ausfertigung einzureichen.
2. Der Abschußvorschlag des Jagdausübungsberechtigten (II) soll sich im wesentlichen am Durchschnitt der Strecken der vorangegangenen drei Jagdjahre (I) orientieren.
3. Bei der Aufteilung des Abschusses ist darauf zu achten, daß mindestens ein Drittel des Gesamtabschusses auf Kitze (Sp. 3 und 4) entfällt.
Sofern keine besonderen Verhältnisse vorliegen, wird der Abschuß zweckmäßigerweise zu je einem Drittel auf Rehböcke (Sp. 1 und 2), Kitze (Sp. 3 und 4) und weibliches Wild (Sp. 5 und 6) verteilt.
4. Bei den Rehböcken (ohne Bockkitze) ist – bei normalem Altersaufbau – von folgendem Abschußanteil in den einzelnen Klassen auszugehen:

Klasse	Alter	Anteil des Abschusses bei den Rehböcken (Sp. 1 und 2) in %
II	einjährige Böcke (Jährlinge)	40
I	mehrfährige Böcke	60

5. Innerhalb von Hegegemeinschaften ist deren Abschußempfehlung (III) einzuholen.
6. Bei der Festsetzung des Abschusses (V) ist neben der Höhe der Abschlüsse in den Vorjahren insbesondere der Zustand der Waldvegetation zu berücksichtigen. Die untere Forstbehörde fertigt daher eine forstliche Stellungnahme zum Abschußplan. Die untere Jagdbehörde überträgt das Ergebnis der Stellungnahme in den Abschußplan (IV).

Die forstliche Stellungnahme zum Abschußplan bildet eine wesentliche Grundlage bei der Entscheidung der Jagdbehörde über die Höhe der festzusetzenden Abschlüsse. Sie wird alle drei Jahre, erstmalig zum Jagdjahr 1991/92 für alle staatlichen Eigenjagdbezirke (Verwaltungsjagdbezirke und verpachtete Bezirke), gemeinschaftlichen Jagdbezirke und kommunalen Eigenjagdbezirke, soweit die forstliche technische Betriebsleitung hier durch die untere Forstbehörde erfolgt, erstellt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Festsetzung des Abschußplans kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der unteren Jagdbehörde einzulegen. Über den Widerspruch entscheidet das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd, Tannenstr. 24 b, 4000 Düsseldorf 30. Die Frist wird auch durch Einlegung des Widerspruchs bei dieser Behörde gewahrt.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

395

Kreis/Kreisfreie Stadt
(Bei Staatsjagdbezirken Forstamt)

Zutreffendes ankreuzen ☒ / Nichtzutreffendes streichen!

Jagdjahr 19____/____

☐

Jährliche STRECKENMELDUNG

☐

ABSCHUSSMELDUNG für Rotwild

Eigen- Jagdbezirk: _____
Gemeinschaftl.

Jagdausübungsberechtigte(r): _____
(Name(n), Anschrift(en))

Größe des Jagdbezirkes _____ ha jagdlich nutzbare Fläche _____ ha

Die jährliche Streckenmeldung ist der unteren Jagdbehörde bis zum 15. April eines jeden Jahres vorzulegen.

Die Abschlußmeldung über das erlegte Rotwild ist der unteren Jagdbehörde bis zum 15. November eines jeden Jahres vorzulegen.

In der Spalte „Jagdstrecke“ ist (aus statistischen Gründen) der Abschuß zuzüglich des Fallwildes, letzteres einschließlich der Verkehrsverluste, anzugeben. In der Spalte „davon Fallwild“ ist das in der Jagdstrecke enthaltene Fallwild einschließlich der Verkehrsverluste auszuweisen. In der Spalte „davon Verkehrsverluste“ sind diese als Teil des Fallwildes gesondert anzugeben.

Jagdjahr 19____/____

STRECKENLISTE

Eigen- Jagdbezirk: _____
Gemeinschaftl.

Jagdausübungsberechtigte(r): _____
(Name(n), Anschrift(en))

Größe des Jagdbezirkes _____ ha jagdlich nutzbare Fläche _____ ha

Über den Abschluß von Wild aller Arten sowie über das Fallwild, soweit es sich um Schalenwild handelt, sind Eintragungen in die Liste innerhalb eines Monats vorzunehmen.

Die Streckenliste ist der unteren Jagdbehörde jederzeit auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

[illegible]

II.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Verlängerung der Nachtflugbeschränkungen auf dem Verkehrsflughafen Münster/Osnabrück

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und
Technologie v. 21. 2. 1990 – 345 – 31 – 21/12 MO

Die Frist für die Nachtflugbeschränkungen auf dem
Verkehrsflughafen Münster/Osnabrück (Bek. d. Ministers
für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie v. 10. 3. 1989 –
MBI. NW. S. 332 –) ist bis zum 31. März 1991 verlängert
worden.

– MBI. NW. 1990 S. 333.

Landeswahlleiter

Landtagswahl

Feststellung einer Nachfolgerin aus der Landesreserveliste

Bek. d. Landeswahlleiters v. 1. 3. 1990 –
I A 1/20 – 11.85.23

Der Landtagsabgeordnete Georg-Wilhelm Mietz hat mit
Ablauf des 28. Februar 1990 sein Mandat niedergelegt.

Als Nachfolgerin ist

Frau Roswitha Drecker
Rohrkamp 45
4403 Senden

aus der Landesreserveliste der Christlich Demokratischen
Union Deutschlands (CDU) mit Wirkung vom 1. März 1990
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen geworden.

Bezug: Bek. d. Landeswahlleiters v. 12. 4. 1985 (MBI. NW.
S. 397) u. v. 24. 5. 1985 (MBI. NW. S. 837).

– MBI. NW. 1990 S. 333.

Hinweis

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 4 v. 15. 2. 1990

(Einzelpreis dieser Nummer 3,40 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen			
Verzeichnis der Sachverständigen für Blutgruppengutachten	37	wesentlichen Merkmale eines Verbrechens aus der Äußerung des Täters, gegebenenfalls unter Heranziehung der Begleitumstände, ersichtlich werden. OLG Düsseldorf vom 10. August 1989 – 2 Ss 281/89 – 49/89 III	43
Personalnachrichten	37		
Ausschreibungen	40	4. StPO § 124. – Zu den Voraussetzungen des § 124 I StPO. – Im Rahmen des § 124 II Satz 3 StPO ist eine mündliche Verhandlung nicht zwingend geboten. OLG Düsseldorf vom 10. August 1989 – 3 Ws 520/89	44
Gesetzgebungsübersicht	40		
Rechtsprechung			
Strafrecht			
1. GVG §§ 176, 178. – Setzt sich ein Zuhörer über eine sitzungspolizeiliche Anordnung aufgrund abweichender Auffassung über die Rechtmäßigkeit der Anordnung hinweg, so kann darin zwar eine Ungebühr i.S.v. § 178 I GVG liegen; eine solche Bewertung wird in der Regel jedoch nur dann möglich sein, wenn die betreffende Anordnung an sich statthaft ist und ihr auch Vorkommnisse oder Umstände zugrunde liegen, die zumindest geeignet sind, eine rechtlich tragfähige Grundlage für die in Rede stehende Maßnahme abzugeben. – Das Anfertigen von Notizen durch einen Zuhörer über Vorgänge der Hauptverhandlung genügt für sich allein nicht, um gegen ihn die Verhängung eines Mitschreibverbots zuzulassen. OLG Hamm vom 8. August 1989 – 1 Ws 214/89	42	5. StVO §§ 41, 49; StVG §§ 24, 25 I. – Zum Umfang der notwendigen Unteilsfeststellungen bei Radarmessungen. – Zu den Voraussetzungen für die Anordnung eines Fahrverbots i.S.d. § 25 I StVG. OLG Düsseldorf vom 14. August 1989 – 2 Ss (OWi) 273/89 – OWi 53/89 III	45
2. StGB § 51 I Satz 1. – Auf die Strafe wird die aus Anlaß der zugrunde liegenden Tat erlittene Untersuchungshaft oder andere Freiheitsentziehung nur insoweit angerechnet, als sie bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils vollzogen worden ist. OLG Düsseldorf vom 9. August 1989 – 1 Ws 740/89	42	6. BauO NW § 70 V, § 79 I Nr. 8. – Zur Verantwortlichkeit des Architekten beim Bauen ohne vorherige Baugenehmigung. OLG Düsseldorf vom 15. August 1989 – 2 Ss (OWi) 104/89 – OWi 25/89 III	46
3. StGB §§ 185, 241 I. – Zur Frage, unter welchen Umständen Duzen als Beleidigung anzusehen ist. – Eine Bedrohung i.S.d. § 241 I StGB liegt nur dann vor, wenn die		7. OWiG § 79; StPO § 344. – Zielt die allein erhobene Verfahrensrüge im Rechtsbeschwerdeverfahren auf eine Überprüfung des Urteils in sachlicher Hinsicht, so kann darin auch die Erhebung der Sachrüge zu sehen sein. OLG Düsseldorf vom 16. August 1989 – 2 Ss (OWi) 288/89 – OWi 57/89 III	46
		8. StPO § 244 I, § 359 Nr. 5, §§ 363, 366 I, §§ 368, 372; StGB §§ 21, 49. – Zum Begriff der neuen Tatsache i.S.d. § 359 Nr. 5 StPO im Hinblick auf den Widerruf eines früheren Geständnisses und ein damit verbundenes andersgeartetes Geständnis. – Ein Wiederaufnahmegesuch mit dem Ziel einer mildernden Bestrafung nach §§ 21, 49 StGB ist auch bei lebenslanger Freiheitsstrafe nach § 363 II StPO unzulässig. OLG Düsseldorf vom 22. August 1989 – 3 Ws 628/89	46

– MBL NW. 1990 S. 334.

Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf I
 Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
 Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelpostenbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/241, 4000 Düsseldorf I

Von Vorabensendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf I
 Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf I
 Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach
 ISSN 0177-3569